

**ANFRAGE** von Martin Huber (FDP, Neftenbach) und Nina Fehr Düsel (SVP, Künsnacht)  
betreffend Instrumentalisierung von Kindern bei Scheidungen

---

Immer wieder kommt es bei Trennungen (Scheidungen) der Ehe zur Instrumentalisierung (Manipulation) der Kinder. Es ist tragisch, wenn Trennungen von Eheleuten auf dem Buckel der Kinder ausgetragen werden und Kinder auch als Druckmittel bei Konflikten eingesetzt werden.

Die Wünsche und Bedürfnisse der Kinder sollten oberste Priorität haben bei einer Trennung oder Scheidung. Die Kinder dürfen nicht durch die beiden Elternteile eingespannt und instrumentalisiert werden.

Dem Kindeswohl wird grundsätzlich auch vor Gericht Rechnung getragen und den Kindern wird das rechtliche Gehör gegeben. Hier sollte es mehr Möglichkeiten geben, welche auch strafrechtliche Konsequenzen für die Eltern nach sich ziehen könnten. Bis beispielsweise ein Straftatbestand der Drohung oder Nötigung erfüllt ist, müssen einige Voraussetzungen erfüllt sein.

Es wäre zu prüfen, ob eine Manipulation der Kinder als eigener offizieller Straftatbestand in die Gesetze aufgenommen werden könnte (vgl. Art. 180 StGB, Drohung, Bestimmung betr. Ehegatten; vgl. die Bestimmung zum Kindeswohl in Art. 133 ZGB). Denn die betroffenen Kinder können unter schweren Spätfolgen, Entwicklungsstörungen sowie sozialen und emotionalen Konflikten leiden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie sind das Vorgehen im Kanton Zürich und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Behörden, wenn ein Verdacht auf die Instrumentalisierung von Kindern im Scheidungsverfahren besteht?
2. In welchen Fällen haben die Eheleute strafrechtliche Konsequenzen zu befürchten?
3. Die Pandemie hat innerhalb der Familien oft auch zu Spannungen geführt. Gibt es Erhebungen darüber, ob die Corona-Pandemie die Trennungen und insbesondere die Manipulation von Kindern im Trennungsverfahren beeinflusst hat?
4. Könnte die Instrumentalisierung der Kinder bei einer Scheidung als Tatbestand Eingang in das Gesetz finden? Was ist die Haltung des Regierungsrats dazu?

Martin Huber  
Nina Fehr Düsel